

25.05.2010

Verbände für ein längeres gemeinsames Lernen

Stimmen zum längeren gemeinsamen Lernen von Verbänden

Stimmen für ein längeres gemeinsames Lernen

Zahlreiche Verbände haben sich ebenfalls für eine längere gemeinsame Schulzeit ausgesprochen:

Zukunftsfähig durch Bildung, Studie von McKinsey & Co im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, 2009
"Wer das ändern will, muss Abschied nehmen von etlichen herkömmlichen Vorstellungen: von homogenen Lerngemeinschaften und unterrichtlichem Gleichschritt, von früher Auslese und der Abschiebung nach unten. (...) Gemeinschafts- und Ganztagschulen ermöglichen durch ihre größeren Zeitfenster eine bessere individuelle Förderung."
 Robert Bosch Stiftung

Offener Brief an den Kultusminister vom 30.04.07:
"Wenn wir den (...) pädagogischen Grundsatz verwirklichen wol-len, dass 'Schüler in erster Linie von Schülern lernen und erst in zweiter Linie von Lehrern', muss die Konsequenz ein längeres gemeinsames Lernen sein. (...) Kann es sein, dass Veränderungen blockiert werden, weil es Politikern an Mut fehlt, notwendige Schulstrukturveränderungen gegen den Widerstand von Lobbyistengruppen durchzusetzen, die nach wie vor keine gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen wollen, sondern weiterhin auf ihre 'Pfründe' bestehen?"
 100 Schulleiter von Grund- und Hauptschulen in Baden-Württemberg

Presseinformation vom 27.04.07:
"Erforderlich ist vielmehr eine gemeinsame Schule für alle, und dies für die Dauer der Pflichtschulzeit. Eine gemeinsame Schule für alle muss eine Schule sein, die Verschiedenheit respektiert und nicht von allen das Gleiche verlangt, sondern jedes einzelne Mädchen und jeden einzelnen Jungen in seiner Gesamtentwicklung unterstützt."
 Stadtelternrat Oldenburg

Pressemitteilung vom 7. März 2006:
Alle Schüler müssten gemeinsam unterrichtet werden, damit sie voneinander profitieren können. Das komme nachweislich vor allem den leistungsstarken Schülern zugute, doch auch den Schwächeren nütze es erheblich mehr als die derzeitige Lösung, bei der sie nur unter
 Bayerischer Elternverband

Schwächeren seien. "Deshalb fordert der Bayerische Elternverband nicht die deutsche Gesamtschule, sondern eine Schule für wirklich alle!"

Pressemitteilung vom 22.02.2005:

"Notwendig ist eine Schulstruktur, die sich an individueller Förderung – nicht an Selektion – orientiert. Die 'Initiative länger gemeinsam lernen' tritt für beides ein: eine Reform der Schulpraxis und für die Reform der Schulstruktur."

Initiative Länger gemeinsam lernen

"Erforderlich ist vielmehr eine gemeinsame Schule für alle, und dies für die Dauer der Pflichtschulzeit. Eine gemeinsame Schule für alle muss eine Schule sein, die Verschiedenheit respektiert und nicht von allen das Gleiche verlangt, sondern jedes einzelne Mädchen und jeden einzelnen Jungen in seiner Gesamtentwicklung unterstützt."

Grundschulverband und Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen

Unterschriftenliste "Drei Ziele – Drei Schritte":

"Wir befürworten eine neue Schule für alle Kinder. Sie baut auf der Kindertagesstätte als Bildungseinrichtung auf, beginnt integrativ von der ersten Klasse an und lässt die Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit gemeinsam lernen."

Initiative für eine neue Schule

Rede auf VBE-Kundgebung am 26.11.2004:

"Nach wie vor gibt es keine rationalen Argumente für die traditionelle Gliederung des deutschen Schulsystems in der Sekundarstufe. Man weiß, dass es sich um Überreste vordemokratischer Ständegesellschaften handelt und man weiß auch, dass diese Gliederung rein gar nichts mit der dynamischen und äußerst komplexen Begabungsstruktur des Menschen zu tun hat."

Gitta Franke-Zöllmer
Vorsitzende des VBE LV Niedersachsen

Hamburg 1, 23.11.2004:

"... bin ich der Auffassung, dass man nicht schon nach dem vierten Schuljahr die Kinder in Schubladen stecken kann und sagen: dein Leben ist so bestimmt und deines so."

Hans-Jörg Schmit-Trenz
Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg

GEW-Pressmitteilung, 18.11.2004:

"Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat gefordert, auch in Deutschland schrittweise ein integratives Schulwesen zu entwickeln, wie es in Schleswig-Holstein geplant ist. Wir brauchen Schulen, die alle Kinder von Anfang an mitnehmen, individuell fördern und niemanden ausgrenzen." (...) "Mit allen Reparaturmaßnahmen haben wir weder eine ähnlich hohe Abiturienten-Quote wie Länder mit integrativen Schulsystemen noch eine kleine Risikogruppe"

GEW

erreicht."

Pressemitteilung vom 14.9.04:

"Alle Schulen müssen alle Schüler individuell fördern und fordern. Wir können es uns nicht länger leisten, die Frage nach der Schulstruktur auszuklammern. Der Bundeselternrat fordert und fördert eine offene Diskussion über die Schulstruktur und das Bildungssystem aller Bundesländer."

Bundeselternrat

Deutsches Kinderhilfswerk für längeres gemeinsames Lernen:

"Ermöglichen Sie unseren Kindern ein möglichst langes gemeinsames Lernen", forderte die Bundesgeschäftsführerin des Deutschen Kinderhilfswerks Frau Dr. Heide-Rose Brückner am 29 Juli 2004 in Berlin

Deutsches Kinderhilfswerk

Beschluss auf der Bezirkskonferenz am 19.6.2004:

"Gemeinsamer Unterricht bis Klasse 9"

Arbeiterwohlfahrt Braunschweig

Petition an den niedersächsischen Landtag 2004:
"Insbesondere fordern wir:

1. Lernen in einer Schule für alle: mit heterogenen Lerngruppen während einer möglichst langen gemeinsamen Schulzeit, weil nur so die Bildung der gesamten Persönlichkeit und Ausbildung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten gewährleistet werden kann."

Elterninitiative SINN e.V.,
Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam Leben –
gemeinsam Lernen
Rückenwind - Interessengemeinschaft der
Elternselbsthilfegruppen

Die Zeit, 2.10.2003:

"Was wir in Skandinavien erleben, ist überzeugend. Man redet dort wenig über Leistung und erzielt hohe Leistungen, weil die Besonderheit eines jeden Kindes geachtet wird. Das Geheimnis des Erfolges ist, frühzeitige Selektion zu vermeiden und die Einzelnen zu fördern. Das ist eine Frage der Kultur."

Jürgen Hogeforster,
Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer
Hamburg

Stellungnahme, Mai 2003:

"Gerade nach PISA hat sich das frühe "Aussortieren" von Schülerinnen und Schülern als nachteilig erwiesen. (...) Stattdessen muss eine längere gemeinsame Schulzeit gewährleistet werden, um das Potenzial des einzelnen Kindes erkennen zu können."

Landeschülerrat Niedersachsen

Broschüre "Den Turm im Dorf lassen", Berlin 2003: ver.di

"Auffällig ist, das in den Reaktionen auf PISA und erst recht auf IGLU von den meisten Politikern eine Schulstruktur-Debatte ängstlich vermieden wird. Dies ist aber – auch infolge der demographischen Entwicklung – auf Dauer

unmöglich. (...) Der deutsche Sonderweg des gegliederten Schulwesens, das frühe Aufsplitten nach "Begabungen" hat sich als Sackgasse erwiesen. Leistungsstärkere in homogenen Lerngruppen spornen sich eben nicht an, andererseits bleiben Leistungsschwache unter sich beim Lernen zurück. (...) ver.di setzt sich für den Aufbau von Schulformen ein, die gemeinsames Lernen bis einschließlich der zehnten Klasse ermöglichen."

Broschüre "Chancengleichheit durch Bildung II", 2003: DGB Niedersachsen

"Notwendig ist eine Strukturreform, die eine möglichst lange Phase gemeinsamen Lernens in heterogenen Gruppen vorsieht, die den frühzeitigen Einsatz von Selektionsmechanismen ausschließt, die ein strukturell übersichtliches und durchsichtiges Schulangebot schafft. Die Anforderungen an eine zukunftsorientierte und sozial gerechtere Schulstruktur sind weder durch eine sechsjährige Grundschule noch durch die bisherige Orientierungsstufe zu erfüllen. Wir orientieren uns an dem europäischen Standard von mindestens 8 bis 10 Jahren gemeinsamen Lernens."

Schrift "Konsequenzen aus PISA"; Juli 2002: Handwerkstag Baden-Württemberg

"Kinder brauchen Lernanreize. Es ist mehr als fragwürdig, ob Selektion hierzu einen positiven Beitrag leistet. Beispiele anderer Länder zeigen, welche hohe Lernmotivation Kinder haben, wenn sie in Gruppen lernen, in denen es verschiedene Talente und Begabungen gibt, Gruppen, in denen die einen die anderen unterstützen und umgekehrt. (...) Aus diesen Gründen schlägt das baden-württembergische Handwerk ein neues System der Schulorganisation vor: (...) Die erste Stufe bildet der Vorschulische Bereich, der obligatorisch sein muss. (...) Darauf aufbauend soll in einer Grundstufe, deren Name noch zu definieren ist und die neun Jahre dauern soll, eine breit angelegte Allgemeinbildung mit einem größeren Bildungsangebot erfolgen, um einer individuellen Förderung gerecht zu werden."